

Die Wahl zur Bremer Bürgerschaft

am 29. September 1991

- **Vorläufiges amtliches
Endergebnis**

Die Wahl zur Bremer Bürgerschaft 1991 im Vergleich zu anderen Wahlen

	Bürgerschaft 1991		Bürgerschaft 1987		Bundestagswahl 1990 (Zweitstimmen)		Europawahl 1989	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Mahlberechtigte	519.403		519.068		523.471		518.989	
Mahlbeteiligung	374.965	72,19	392.547	75,63	400.467	76,50	304.681	58,71
Gültige Stimmen	370.145		389.800		396.319		302.057	
SPD	143.577	38,79	196.903	50,51	168.496	42,52	140.037	45,36
CDU	113.509	30,67	91.334	23,43	122.631	30,94	70.505	23,34
GRÜNE	42.094	11,37	39.839	10,22	32.840	8,29	41.598	13,77
F. D. P.	35.087	9,48	39.078	10,03	50.630	12,78	21.098	6,99
DVU	22.878	6,18	13.299	3,41	-	-	9.778	3,24
Die Grauen	6.158	1,66	-	-	6.934	1,75	-	-
REP	5.684	1,54	4.623	1,19	8.225	2,08	13.464	4,46
EFP	83	0,02	-	-	-	-	-	-
PBC	969	0,26	-	-	-	-	-	-
NF	106	0,03	-	-	-	-	-	-
Sonstige	-	-	4.724	1,21	6.563	1,60	5.577	1,80

MANDATSVERTEILUNG:

	<u>Bürgerschaft 1991</u>	<u>Bürgerschaft 1987</u>	<u>Diff. 91/87</u>
SPD	41	54	- 13
CDU	32	25	+ 7
GRÜNE	11	10	+ 1
F.D.P.	10	10	+/- 0
DVU	6	1	+ 5

ERGEBNISSE IN DEN WAHLBEREICHEN

	Wahlbet.	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	DVU	REP	
<u>STADT BREMEN</u>								
Bürgerschaft 1991		73,78	38,30	31,35	11,90	9,58	5,38	1,48
Bürgerschaft 1987		76,73	51,01	23,27	10,26	10,21	2,99	1,09
Diff. 91/87		- 2,95	-12,71	+8,08	+1,64	-0,63	+2,39	+0,39
B 1990		77,68	41,77	30,77	8,80	13,20	-	1,97
E 1989		59,66	45,74	23,36	14,59	7,26	2,78	4,41
<u>STADT BREMERHAVEN</u>								
Bürgerschaft 1991		65,38	41,17	27,33	8,80	9,01	10,06	1,79
Bürgerschaft 1987		70,85	48,22	24,16	10,03	9,16	5,40	1,65
Diff. 91/87		-5,47	-7,05	+3,17	-1,23	-0,15	+4,66	+0,14
B 1990		71,49	45,97	31,73	5,90	10,79	-	2,55
E 1989		54,60	49,28	23,38	9,91	5,69	5,38	4,67

Die Abkürzungen bedeuten:

- GRÜNE = Die GRÜNEN
- DVU = Deutsche Volksunion
- DIE GRAUEN = DIE GRAUEN Initiiert vom Senioren-Schutz-Bund "Graue Panther" e.V. ("SSB-GP")
- REP = DIE REPUBLIKANER
- EFP = Europäische Föderalistische Partei - Europa Partei
- PBC = Partei Bibeltreuer Christen
- NF = Nationalistische Front

ERGEBNISSE DER BREMISCHEN BÜRGERSCHAFTSWAHLEN SEIT 1947

Partei	1947	1951	1955	1959	1963	1967	1971	1975	1979	1983	1987	1991	Diff. 91/87
CDU	21,99	9,05	18,03	14,80	28,89	29,48	31,56	33,76	31,94	33,31	23,44	30,67	+ 7,24
SPD	41,69	39,12	47,74	54,87	54,72	46,02	55,34	48,75	49,43	51,34	50,50	38,79	- 11,72
FDP	19,44	11,82	8,63	7,15	8,36	10,53	7,13	12,95	10,75	4,59	10,01	9,48	- 0,55
MPD	-	-	-	-	-	8,84	2,84	1,11	0,39	-	-	-	-
DKP	-	-	-	-	-	-	3,13	2,15	0,82	-	0,55	-	-
KPD	8,8	6,4	5,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
BGL (Grüne)	-	-	-	-	-	-	-	-	5,14	2,36	-	-	-
Die Grünen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5,43	10,22	11,37	+ 1,15
DVU	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3,41	6,18	+ 2,77
REP	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,19	1,54	+ 0,35

SITZVERTEILUNG IN DER BREMISCHEN BÜRGERSCHAFT SEIT 1947

Partei	1947	1951	1955	1959	1963	1967	1971	1975	1979	1983	1987	1991	Diff. 91/87
CDU	24	9	18	16	31	32	34	35	33	37	25	32	+ 7
SPD	46	43	52	61	57	50	59	52	52	58	54	41	- 13
FDP 1)	17	12	8	7	8	10	7	13	11	-	10	10	+/- 0
DP	3	16	18	16	4	-	-	-	-	-	-	-	-
KPD 2)	10	6	4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
SRP 3)	-	8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
BHE	-	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
NPD	-	-	-	-	-	8	-	-	-	-	-	-	-
BGL (Grüne)	-	-	-	-	-	-	-	-	4	-	-	-	-
Die Grünen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5	10	11	+ 1
Sonstige	-	44)	-	-	-	-	-	-	-	-	15)	6)	+ 5
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	

1) 1947 als Bremer Demokratische Volkspartei (BDV).

2) Durch Urteil des BVG vom 17. 8. 1956 wird die KPD für verfassungswidrig erklärt und aufgelöst.

3) Durch Urteil des BVG vom 23. 10. 1952 wird die SRP für verfassungswidrig erklärt und aufgelöst.

4) Wahlgemeinschaft der Fliegergeschädigten, Vertriebenen und Währungsgeschädigten.

5) Liste D

6) DVU

Ergebnisse der letzten Landtagswahlen sowie der letzten Bundstags- und Europawahl (in Prozent)

L a n d	letzte Wahl	C O U	S P D	Grüne	F D P	R E P	P D S	B 90	nächste Wahl
Baden-Württemberg	20. 3. 1988	49,0	32,0	7,9	5,9	1,0	-	-	1992
Bayern	14. 10. 1990	54,9 1)	26,0	6,4	5,2	4,9	-	-	1994
Berlin	2. 12. 1990	40,4	30,4	5,0 2)	7,1	3,1	9,2	4,4	1994
Brandenburg	14. 10. 1990	29,4	38,2	2,8	6,6	1,2	13,4	6,4	1994
Bremen	29. 9. 1991	30,7	38,8	11,4	9,5	1,5	-	-	1995
Hamburg	2. 6. 1991	35,1	48,0	7,2	5,4	1,2	0,5	-	1995
Hessen	20. 1. 1991	40,2	40,8	8,8	7,4	1,7	-	-	1995
Mecklenburg-Vorpommern	14. 10. 1990	38,3	27,0	4,2	5,5	0,9	15,7	2,2 3)	1994
Niedersachsen	13. 5. 1990	42,0	44,2	5,5	6,0	1,5	-	-	1994
Nordrhein-Westfalen	13. 5. 1990	36,7	50,0	5,0	5,8	1,8	-	-	1995
Rheinland-Pfalz	21. 4. 1991	38,7	44,8	6,4	6,9	2,0	-	-	1996
Saarland	28. 1. 1990	33,4	54,4	2,6	5,6	3,4	-	-	1995
Sachsen	14. 10. 1990	53,8	19,1	-	5,3	-	10,2	5,6 4)	1994
Sachsen-Anhalt	14. 10. 1990	39,0	26,0	5,3 5)	13,5	0,6	12,0	-	1994
Schleswig-Holstein	8. 5. 1988	33,3	54,8	2,9	4,4	0,6	-	-	1992
Thüringen	14. 10. 1990	45,4	22,8	6,5 6)	9,3	0,8	9,7	-	1994
Bundestag (Zweitst.)	2. 12. 1990	43,8 7)	33,5	3,8	11,0	2,1	2,4	1,2 8)	1994
Europa	18. 6. 1989	37,7 7)	37,3	8,4	5,6	7,1	-	-	1994

1) CSU 2) GAL 3) + Forum 2,9 4) Forum 5) Grüne - Neues Forum 6) Neues Forum/Grüne/Demokratie Jetzt 7) CDU/CSU 8) B 90/Grüne

Pressestimmen

Debakel für die SPD

Das Debakel bei der Wahl zur Bremer Bürgerschaft traf die SPD in diesem Ausmaß unerwartet. In den letzten Wochen des Wahlkampfs hatten die Genossen zwar damit gerechnet, daß sie ihre absolute Mehrheit im kleinsten Bundesland verlieren könnten, doch daß sie das weitaus schlechteste Ergebnis nach dem Krieg einfahren würden, hatten selbst die ärgsten Pessimisten nicht geglaubt.

Die Gründe dafür liegen — so belegen es die Umfragen — vor allem in der Landespolitik. Eine Partei, die über 40 Jahre lang ununterbrochen an der Macht ist, verfüßt, wird arrogant, verliert den Kontakt zur Bevölkerung. So handelte sich der Senat etwa viel Ärger mit einer rigoros autofeindlichen Verkehrspolitik ein, es gab Skandale wie beim Gladbecker Geiseldrama, als Innensenator Meyer erst nach vielem Hin und Her mit seinem Rücktritt die Konsequenzen aus dem Versagen der Polizei zog, und man schaffte bei zahlreichen Menschen mit der geplanten Einführung des Ausländerwahlrechts Verdruß.

Kölnische Rundschau

Bremer Brise

Bremer Wahlen. Die SPD hat in Bremen fürchterliche Prügel bekommen. Verdienstermaßen. Ihre Asylantenpolitik ist matt, entspricht nicht den Erwartungen der Wähler. Die Arbeitslosigkeit in der bisher allein von der SPD regierten Hansestadt ist höher als anderswo. Die Verschuldung

Bremens hat katastrophale Ausmaße angenommen. Welche Koalition jetzt zustande kommt, bleibt abzuwarten. Wahrscheinlich Rot-Grün. In jedem Fall hat die CDU ihr Wahlziel erreicht, die absolute Mehrheit der SPD zu brechen. Der neue Spitzenkandidat der Union brachte frischen Wind an die Weser. Vielleicht wird daraus auch frischer Wind für die CDU in Bonn. **Bild**

Lehren aus Bremen

So dicht waren SPD und CDU in Bremen noch nie beieinander, und nie zuvor hat eine Partei in einer Wahl einen solchen Einbruch erlebt wie die Sozialdemokraten in der Hansestadt an der Unterweser. Das Ergebnis hat viele Gründe. Sie sind bei einem Senat zu suchen, der unter Bürgermeister Wedemeier viele schwache Leistungen erbracht hat, im Ansehen des CDU-Spitzenkandidaten Ulrich Nölle, nicht zuletzt aber in der Asylpolitik.

Für die CDU wie für die SPD bedeutet die Wahl von Bremen einen Einschnitt. Die Union kann aufatmen; denn die Serie der Niederlagen und Stimmenverluste ist durchbrochen. Die SPD aber muß zur Kenntnis nehmen, daß ihr keineswegs wie von allein die Macht zuwächst. Ihr neuer Bundesvorsitzender Björn Engholm hat ihr in Bremen überhaupt keinen Vorteil gebracht. Der große Einsatz der SPD-Spitzenpolitiker war vergebens. Denn die Menschen waren von der sozialdemokratischen Politik enttäuscht, vor allem von der unentschlossenen Haltung in der Asylpolitik. Was sollen auch Bürger von einer Partei halten, die sich über Sorgen hinwegsetzt — zum Beispiel über die Angst vieler Menschen vor den mit ihnen konkurrierenden Ausländern.

Rheinische Post

Nölle hat Seriösität und Kompetenz gezeigt

Die CDU frohlockt, und das nicht ohne Berechtigung. Ihr Spitzenkandidat Ulrich Nölle hat, obwohl er als Neuling auf der landespolitischen Bühne erschienen war, durch sein Auftreten und seinen Einsatz gezeigt, daß die CDU Erfolge haben kann, wenn sie Kandidaten präsentiert, die noch nicht in den innerparteilichen Grabenkämpfen verschlissen sind. Nölle hat Seriösität und Sachkompetenz insbesondere in der Wirtschafts- und Finanzpolitik an den Tag gelegt. Das haben die Wähler honoriert.

Die Welt

Die Quittung

So wichtig wie am Sonntag ist die SPD in Bremen noch nie aufs Haupt geschlagen worden. Man muß schon bis ins Jahr 1951 zurückgehen, um ein vergleichbar schlechtes Ergebnis auszugraben: damals 39,1 Prozent. Der Wähler hat der alten Bremer Regierungspartei, seit 20 Jahren im Besitz der absoluten Mehrheit, eine vernichtende Abfuhr erteilt. Unerwartet freilich kommt die Niederlage nicht. Bisher hatte man allerdings überwiegend auf lokale Fehler und Affären getippt.

Die politische Großwetterlage dagegen war für die SPD eher günstig; schließlich hatte sie im Frühjahr die Landtagswahlen in Hessen und Rheinland-Pfalz gewonnen und noch im Juni in Hamburg die absolute Mehrheit zurückerobert. Es liegt deshalb nahe, den Erdbeben in Bremen vor allem mit einem Thema in Verbindung zu bringen, das die Bevölkerung zunehmend beschäftigt: dem ungebremsen Zustrom von Asylbewerbern. Bremens Bürgermeister Wedemeier hatte im Juli mit allerlei

Abwehrmaßnahmen noch rasch den Rückzug angetreten. Aber die Wählerschaft hat natürlich begriffen, daß die SPD insgesamt in der Asylfrage ernst zu nehmende Schritte mit Signalcharakter dauerhaft blockiert — und dafür ist sie jetzt in Bremen nachhaltig bestraft worden.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Absturz in Bremen

Nicht nur die unmittelbar von diesem vernichtenden Wählervotum betroffene Bremer SPD, sondern die gesamte Partei Björn Engholms in Bund und Ländern tut gut daran, den politischen Paukenschlag im kleinsten Bundesland genau zu analysieren. Denn zwar war dies nach den bisherigen Analysen in erster Linie eine Bremer Wahl, doch die Asylpolitik war schon vor der bundesweiten Welle von Anschlägen auf Asylantenheime das beherrschende Thema.

Nur vor dem Hintergrund der steigenden Empörung insbesondere in den SPD-Hochburgen Bremens und vor allem Bremerhavens ist das besorgniserregende Abschneiden der rechtsradikalen DVU, die von einer Woge von Proteststimmen profitierte, zu erklären. Der Erdbeben, den die SPD gestern erlebt hat, sollte jedem verantwortlichen Politiker in Bund und Ländern zu der Einsicht verhelfen, daß die bisherigen so konfus wie hilflos wirkenden politischen Bemühungen um eine durchgreifende Lösung des von Woche zu Woche drängenden werdenden Asylantenproblems ein Ende finden müssen. Zwischen den Krautwällen in Hoyerswerda und dem Bremer Wahlergebnis gibt es einen inneren Zusammenhang, den die Politik aufarbeiten muß, und das rasch.

Die Welt